

Gemeinsamer Antrag

der MZES - Projekte „Strategisches Wählen“ und „Politische Führer“

auf Teilfinanzierung einer telefonischen Bevölkerungsumfrage

im Rahmen der Französischen Wahlstudie 2002

aus Forschungsmitteln des MZES

ausgearbeitet von

Thomas Gschwend

und

Hermann Schmitt

Mannheim, am 20. März 2002

1.	Zusammenfassung	Seite	2
2.	Strategisches Wählen		3
2.1.	Ziele der Frankreich Fallstudie		3
2.2.	Stand der Forschung		5
2.3.	Der Fall Frankreich im Projekt „Strategisches Wählen“		7
3.	Politische Führer		10
3.1.	Ziele der Frankreich Fallstudie		10
3.2.	Stand der Forschung		11
3.3.	Der Fall Frankreich im Projekt „Politische Führer“		17
4.	Mögliche Synergien		20
5.	Warum dieser gemeinsame Projektvorschlag wichtig ist		22
6.	Datenerhebung und Kostenschätzung		24
7.	Literatur		26

1. Zusammenfassung

Die Frankreich-Fallstudie ergänzt an zentralen Punkten die Untersuchungsplänen unserer Forschungsprojekte. Erstens kommt dem erwarteten Wahlausgang im französischen Wahlsystem eine herausragende Bedeutung für die Wahlentscheidung in beiden Wahlgängen zu, dessen Rolle ohne diese Fallstudie nicht im Hauptantrag analysiert werden kann. Zweitens ermöglicht die französische Superwahljahr eine historische Chance Wählerstrategien zu identifizieren und deren politischen Konsequenzen einzuschätzen, die sich auf mehreren Regierungsebenen beziehen, wie zum Beispiel der *Cohabitation*.

Drittens ergänzt der französischen Falle den Untersuchungsplan für die international vergleichende Studie über die Rolle politischer Führer in der individuellen Wahlentscheidung, da unter Konstanthaltung dreier relevanter Dimensionen den moderierenden Effekt der Parteibindungen für den Stellenwert der politischen Führungsalternativen in der Wahlentscheidung zu isolieren. Viertens bieten die Strukturmerkmale (semi-) präsidentielles System, Koalitionsregierungen, „unterentwickelte“ Parteibindungen bei hoher Televisionierung der Politikvermittlung besondere Rahmenbedingungen, die der Untersuchungsplan ohne die Frankreich-Fallstudie nicht bewerkstelligen könnte.

Eine zusätzliche Datenerhebung würde aus den dargestellten Gründen inhaltliche Lücken beider vergleichender MZES-Projekte schließen. Frankreich im Superwahljahr 2002 erfüllt alle Kriterien für eine ausgezeichnete Fallstudie und stellt eine einmalige Gelegenheit dar, da Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen in zeitlich kurzem Abstand aufeinander folgen.

Unser Antrag gliedert sich in sechs Teile. In den nächsten beiden Abschnitten beleuchten wir die Bedeutung der Fallstudie Frankreich aus der Sicht unserer MZES-Projekte „Auswirkungen institutioneller Rahmenbedingungen auf die Wahlentscheidung in Mehrparteiensystemen“ (kurz: „Strategisches Wählen“) und „Politische Führer und Demokratische Wahlen“ (kurz: „Politische Führer“). Im vierten Abschnitt werden wir mögliche Synergieeffekte aus unserer gemeinsamen Beschäftigung mit diesem Fall darstellen. Im fünften Abschnitt werden die Argumente zusammengefasst, die die Teilfinanzierung der Datenbeschaffung aus MZES-Forschungsmitteln im Interesse des Instituts rechtfertigt. Im sechsten Abschnitt geben wir eine Kostenschätzung.

1. Strategisches Wählen

1.1. Ziele der Frankreich-Fallstudie

Die Frankreich-Fallstudie ergänzt an zwei zentralen Punkten den Untersuchungsplan des Hauptantrags „Wahlssystem und Koalitionsoptionen als Anreize zum strategischen Wählen“ unserer Forschergruppe, die Franz Urban Pappi als Antragsteller im Rahmen eines Neuantrags des Sonderforschungsbereichs (SFB) 504 „Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung“ für den Zeitraum 2003-2005 in Kooperation mit dem am MZES laufenden Forschungsprojekt „Strategisches Wählen“ einreichen wird. Zum einen kommt dem erwarteten Wahlausgang im französischen Wahlssystem eine herausragende Bedeutung für die Wahlentscheidung in beiden Wahlgängen zu. Diese Fallstudie ermöglicht somit ein direktes Testen von Theorien auf der Individualebene bezüglich der Rolle individueller Erwartungen über den Ausgang einer Wahl und Strategischem Wählen bereits in der Vorphase des Projekts. Zum anderen ermöglicht die französische Superwahljahr mit seiner Wahlperiode von Ende April bis Mitte Juni diesen Jahres eine einzigartige Chance Wählerstrategien zu identifizieren und deren politischen Konsequenzen einzuschätzen, die sich auf mehreren Regierungsebenen beziehen, wie zum Beispiel der *Cohabitation*.

Der erste Punkt, warum eine Frankreich-Fallstudie Lücken im Hauptantrag ergänzen würde, hängt zusammen mit der Bedeutung der unterstellten Erwartungsbildung über den Ausgang der Wahl im romanischen Mehrheitswahlssystem auf strategisches Wählen. Gemäss der im Hauptantrag entwickelter Theorie wird erwartet, dass sowohl die Anzahl strategischen Wähler als auch die Typen verwendeter Strategien von zwei Dimensionen abhängt: (1) der Anzahl der zu vergebenden Mandate im Wahlkreis (*Wahlkreisgröße*) und (2) dem *Identifizierungsgrad* mehrheitsfähiger Koalitionen in der Wählerschaft. Da im romanischen Mehrheitswahlssystem nur ein Kandidat je Wahlkreis gewählt wird und für die kommende Wahl die Koalitionen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums für Wähler klar zu erkennen sind, ergeben sich optimale Vergleichsmöglichkeiten im Rahmen eines „most similar“ Designs mit Großbritannien auf der einen Seite als auch mit der bundesdeutschen Erststimmenwahl auf der anderen Seite. Das französische Wahlssystem ist zwar diesen beiden Wahlssystemkomponenten ähnlich, unterscheidet sich aber in einem wichtigen Punkt. Es gibt die Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs, falls kein Kandidat im ersten Wahlgang eine erforderliche absolute Mehrheit erhält. Mit der Frankreich-Fallstudie soll untersucht werden, ob das romanische Mehrheitswahlssystem mit zwei Wahlgängen

unterschiedliche Anreize auf individuelles Wahlverhalten induziert, die in einem Mehrheitswahlssystem mit nur einem Wahlgang so nicht vorhanden sind. Über letzteren Wahlssystemtyp gibt es bereits viele Ergebnisse in der Literatur, sodass gerade die Auswirkungen des zusätzlichen Wahlgangs im Vergleich mit dieser Literatur und speziellen Sekundäranalysen basierend auf britischen und bundesdeutschen Daten von großem Interesse sind.

Wie wirkt sich diese scheinbar kleine institutionelle Variation auf die Strategien der Wähler und das Parteiensystem aus? Die ursprüngliche Idee des romanischen Mehrheitswahlssystem mit zwei Wahlgängen ist, dass die Stärke der jeweiligen Partei im ersten Wahlgang signalisiert werden kann, ohne dadurch schon die Zusammensetzung des Parlaments vorwegzunehmen (Nohlen 2000: 283). „Au premier tour, on choisit et au second on élimine“, wie man in Frankreich landläufig sagt. Im Allgemeinen sollte es Wähler daher leichter fallen, Erwartungen über den Wahlausgang der zweiten Runde zu bilden und ihre Stimme effektiver zu gebrauchen, da die Ergebnisse der ersten Runde bekannt sind.

Auf Seiten der Parteien ist zu erwarten, dass Parteieliten spätestens die Erstrundenergebnisse nutzen, um innerhalb der Koalitionsparteien den aussichtsreichsten lokalen Kandidaten auszuhandeln, der in die zweite Runde antritt, um nicht die Stimmen innerhalb des ideologischen Lagers zu splitten. Auf Seiten der Wähler ist einerseits die Frage, inwiefern Sie den Wahlempfehlungen der Parteieliten folgen werden. In wieweit deckt sich die Parteipräferenzen der Wähler mit den vorgegebenen Wahlempfehlungen? Selbst wenn diese Absprachen nicht getroffen werden, ist zu erwarten, dass Wähler es leichter haben ihre Stimme effektiv abzugeben wie in Großbritannien oder Deutschland (Erststimme). Die Frankreich-Fallstudie bietet also eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Rolle von Erwartungen über den Ausgang einer Wahl für eine effektive Stimmabgabe – sei es aufrichtig oder strategisch – bereits in der Vorphase des Projekts genauer zu untersuchen und obige Erwartungen zu testen. Solche detaillierte Hypothesen über die Wirkungsweisen von Erwartungen und Präferenzen sind bisher in der Literatur nicht getestet worden. Das Testen solchen Hypothesen ist jedoch eminent wichtig für umfassendere Erklärung des Prozesses strategischen Wählens und die Weiterentwicklung unserer Theorie auf der Individualebene. Die Untersuchung ist im Rahmen des Hauptantrags nicht durchzuführen, da die französischen Wahlen angesetzt sind, bevor der SFB-Antrag begutachtet sein wird.

Der zweite Punkt, warum eine Frankreich-Fallstudie Lücken im Hauptantrag ergänzen würde, hängt zusammen mit der einmaligen Gelegenheit Wählerstrategien zu identifizieren, die sich auf das Balancieren mehreren Regierungsebenen beziehen. Das französische

Superwahljahr 2002, mit zeitlich kurz nacheinander durchgeführten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen bietet die Möglichkeit, den Einfluss der vorangehenden Präsidentschaftswahl auf die Parlamentswahl zu testen. Wirkt der Schatten der Präsidentschaftswahl sich systematisch auf das Wahlverhalten bei der Parlamentswahl aus? Es ist zu erwarten, dass einige Wähler strategisch für oder gegen eine Kohabitation stimmen werden, je nachdem ob sie eine solche Konstellation der Machtteilung zwischen Präsidenten und Parlament für wünschenswert halten oder nicht. Das strategische Balancieren des Einflusses verschiedener gewählter Körperschaften auf die Formulierung von Politiken und deren Output kann durch den Fokus auf Parlamentswahlen, wie das im Hauptantrag der Fall ist, nicht erbracht werden. Eine solche Strategie ist jedoch durchaus vorstellbar und ist politisch brisant – im Falle Deutschlands mit wechselnden Bundesratsmehrheiten als Folge veränderter Mehrheiten im Bundestag gibt es sogar indirekte Evidenz dafür (Lohmann et al. 1997) – aber noch nie mit Tests auf der Individualebene belegt worden. Um Evidenz für eine solche Strategie hervorzubringen, ist man in besonderem Maße von aktuellen politischen Ereignissen abhängig. In den 80er Jahren führten eng aufeinanderfolgenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (wie z.B. 1981 und 1988) stets zu einer Mehrheit im Parlament, die den gerade gewählten Präsidenten unterstützte. Kohabitationen entstanden immer nur durch Parlamentswahlen, die zeitlich weit vor der Präsidentschaftswahl abgehalten wurden. Es ist also nicht klar, ob Wähler strategisch eine Kohabitation herbeiführten oder die Parlamentswahlen als Protest gegen den Präsidenten instrumentalisierten. Im Wahlkalender müssen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am besten zeitgleich stattfinden, um konkurrierende Hypothesen auszuschließen und gemessene Parteipräferenzen als stabil zu unterstellen. Frankreich im Superwahljahr bietet eine solche einmalige Möglichkeit, um den Einfluss und die politische Relevanz strategischen Balancierens (Alesina und Rosenthal 1995) zu untersuchen. Diese Gelegenheit kann aber durch den Fokus auf Parlamentswahlen und aus Zeitgründen nicht durch den SFB-Hauptantrag abgedeckt werden.

1.2. Stand der Forschung

Der Stand der Forschung zu strategischem Wählen in Frankreich lässt sich einbetten in die allgemeine Forschungslage zu diesem Thema. Die Literatur zum Phänomen einer strategischen Stimmabgabe ist äußerst kontrovers. Weder theoretisch noch empirisch besteht ein Konsens darüber, wie viel strategische Wähler es gibt und welche Strategien verwendet werden. Zum einen liegt das daran, dass Studien zum strategischen Wählen in Frankreich

offensichtlich nicht im Zentrum des Interesses der politikwissenschaftlichen Forschung liegen. Es gibt wenig Studien die diese Phänomen überhaupt thematisieren. Das mag historisch zu begründen sein. Maurice Duverger hat schon früh argumentiert (Duverger 1954: 240), dass das romanische Mehrheitswahlssystem mit 2 Wahlgängen keine Anreize zum strategischen Wählen produziert. Zum anderen liegt der fehlende Konsens über die Anzahl der strategischen Wähler und die verwendeten Strategien, dass die strategisches Wählen thematisierenden Studien in verschiedenen Forschungstradition angesiedelt sind, die im Prinzip nebeneinander her arbeiten, statt sich gegenseitig zu informieren.

Studien in der Forschungstradition von *rational choice* Ansätzen zum französischen Spezialfall sind bisher rein theoretisch orientiert, wobei bei der Realitätsnahe der Annahmen einige Kompromisse gemacht werden, um zu entscheidungs- und spieltheoretischen Ergebnissen zu kommen (Alesina und Rosenthal 1995: Kapitel 10; Cox 1997: Kapitel 6; Niu 2001; Piketty 2000). Dennoch werden zahlreiche Hypothesen über die Anzahl strategischer Wähler und über Strategien für den ersten und zweiten Wahlgang generiert, die abhängig von individuellen Erwartungen und der entsprechenden Konkurrenzsituation im Wahlkreis sind. Während diese Hypothesen bisher nicht systematisch getestet wurden, hat Tsebelis (1990: Kapitel 7) seinen *nested games* Ansatz empirisch getestet. Ausgehend von der Charakterisierung des französischen Parteiensystems als *quadrille bipolaire* geht er von zwei unterschiedlichen Koordinationsproblemen der Parteien aus. Dem Spiel zwischen den politischen Lagern ist ein Spiel der Koalitionsparteien innerhalb eines Lager eingelagert. Mit Aggregatdaten kann er zeigen, dass die Wählerwanderung vom ersten zum zweiten Wahlgang innerhalb einer Koalition ist hoch ist, wenn das Rennen zwischen den Koalitionen im Wahlkreis knapp und die Stärkeverteilung innerhalb einer Koalition unbestritten ist. Dennoch bleiben Erwartungen und Präferenzen der Wähler und damit die Bedeutung individueller Strategien unberücksichtigt.

Studien in der Forschungstradition des *Institutionalismus* legen den Schwerpunkt auf Koordination der Eliten (Parteiabsprachen vor und zwischen den Wahlgängen), um den Wählern die strategische Koordination abzunehmen (Schlesinger und Schlesinger 1990), ohne jedoch das Wahlverhalten der Wähler zu testen. Zudem wird argumentiert, die Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs hemmt den Erfolg Anti-System Parteien (Fischella 1984: 182) und führt zur Verminderung der Kandidaten im zweiten Wahlgang. Dabei spricht man von der "*discipline republicane*" (Nohlen 2000: 285), die von allen systemfreundlichen Parteieneliten propagiert wird und sich gegen potentiell siegreiche Kandidaten der Anti-System-Parteien im zweiten Wahlgang wendet. Zudem liegt ein Augenmerk auf der Wahlbeteiligung, die sehr

unterschiedlich von Wahlgang zu Wahlgang sein kann. Im zweiten Wahlgang spielt für die Wahlbeteiligung eine Rolle, ob akzeptable Kandidaten übrig bleiben, oder ein knappes Rennen erwartet wird. Wähler können aber auch einen unausgefüllten Stimmzettel abgeben statt gegebenenfalls für einen anderen Kandidaten wie im ersten Wahlgang zu stimmen (Frears 1991: 131-138).

Strategisches Wählen ist in der Forschungstradition der *politischen Soziologie* bisher eine Randerscheinung (Ysmal 1990: 85-87). Viele Studien sind eher in der Tradition der klassischen Columbia und Michigan Studien aus der amerikanischen Wahl- und Einstellungsforschung (Boy und Mayer 1990; Converse und Pierce 1986, 1993; Fleury und Lewis-Beck 1993a,b). Die typische Forschungsfrage ist daher nicht, unter welchen Voraussetzungen strategisch gewählt wird. Strategischen Wählen wird vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Instabilität des Wahlverhaltens interpretiert (Boy und Dupoirier 1990; Merle 1990). Instabilität ist korreliert mit geringem sozioökonomischen Status, geringem politischen Interesse und geringer Bildung unter den jungen Wählern. Es entspricht daher dem in der französischen Wahlforschung bekannten Wählertyp des *marais* (Deutsch et al. 1966). Sind strategischer Wähler diejenigen, die jung, hoch gebildet, interessiert an und mit Verständnis für Politik sind, dann zeigen diese Studien, dass solche Wähler nicht instabil sind. Daher kommt es zur vorschnellen Schlussfolgerung, dass die Anzahl strategischer Wähler in Frankreich zu vernachlässigen ist. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es noch keine Studie gibt, die systematisch die zahlreichen Hypothesen bezüglich strategischen Wählens getestet hat. Daher lässt sich bei der Durchführung der Frankreich Fallstudie auf relativ wenig in der Literatur aufbauen.

1.3. Der Fall Frankreich im Projekt „Strategisches Wählen“

Das Forschungsvorhaben schließt an zahlreiche Vorarbeiten des MZES Projektes „Auswirkungen institutioneller Rahmenbedingungen auf die Wahlentscheidung in Mehrparteiensystemen“ (kurz: „Strategisches Wählen“) an, die sich sowohl auf den theoretischen als auch auf den methodischen Bereich der Forschung zum strategischen Wählen beziehen. Das Forschungsprojekt „Strategisches Wählen“ am MZES hat zwei Zielrichtungen. Einerseits soll der Prozess des strategischen Wählens auf der Individualebene modelliert und erklärt sowie andererseits die politischen Konsequenzen strategischen Wählens auf der Aggregatebene vorhergesagt werden. Im Unterschied zur bisherigen Forschungstradition wird Variationen in den institutionellen Rahmenbedingungen eingeführt,

die durch das jeweilige Wahlrecht vorgegeben ist, um den Einfluss des Wahlsystems als erklärende Variable für strategisches Wählen zu untersuchen. Eine Theorie strategischen Wählens muss demnach erklären können, wie sich unterschiedliche institutionelle Anreize jeweils auf das individuelle Wahlverhalten auswirken und zu welchen politischen Konsequenzen das führt.

Das französische Wahljahr 2002 bietet in dieser Hinsicht eine einzigartige Chance, die Möglichkeit von zwei Wahlgängen auf das strategische Verhalten der Wähler und politischen Parteien zu untersuchen und damit für das MZES-Forschungsprojekt gewinnbringend einzusetzen. Genauer betrachtet bewirkt das französische Wahlsystem, dass sich die Wahlsituation für verschiedene Wähler unterschiedlich darstellt. Einige wählen nur einmal, da die Wahl im ersten Wahlgang in ihren Wahlkreisen bereits entschieden ist. Wähler die sich an beiden Wahlgängen beteiligen können einerseits zwei Mal für den gleichen Kandidaten wählen. Wähler die das nicht können, weil der Erstrundenkandidat nicht mehr zur zweiten Runde antritt, sehen sich einer anderen Situation gegenübergestellt. Diese Wähler haben im zweiten Wahlgang drei Möglichkeiten: (1) einen anderen Kandidaten zu wählen (aufrichtig oder strategisch); (2) einen ungültigen Stimmzettel abzugeben; (3) gar nicht zu wählen.

Unter einer strategische Wahl wird die Stimmabgabe für einen Kandidaten verstanden, der unter den möglichen Alternativen dennoch nicht bevorzugt wird. Es ist eine Folge des französischen Wahlsystems, dass die Anzahl der Kandidaten und damit die Natur des Wahlkampfes sich vom ersten zum zweiten Wahlgang deutlich unterscheiden kann. Insbesondere wenn nur eine Partei präferiert wird, wobei alle anderen nicht wirklich als annehmbare Alternative gesehen werden, kann es zur Abgabe eines leeren Wahlscheins oder einer ausdrücklichen Nichtwahl kommen.

Vor allem spiel- und entscheidungstheoretische Modelle haben viele Strategien identifiziert. Diese Strategien können sich nicht nur auf Kosten kleiner Parteien sondern gerade auch auf Kosten von großen Parteien auswirken. Darüber hinaus gibt es denkbare Strategien nicht nur für eine andere Partei des eigenen Lagers sondern auch für eine Partei des anderen Lagers zu stimmen. Der aktuelle Terminkalender für Präsidenten- und Parlamentswahl macht es zudem möglich, Strategien, die sich für oder ausdrücklich gegen eine *Cohabitation* auswirken, empirisch zu testen.

Im Allgemeinen gibt es zahlreiche denkbare Strategien im ersten wie im zweiten Wahlgang nicht für den Kandidaten seiner (am ehesten) präferierten Partei zu stimmen. In der ersten Runde haben Wähler des einen Lager die Möglichkeit strategisch den schwächeren Kandidaten des gegnerischen Lagers zu unterstützen, um ihn rechnerisch den zweiten

Wahlgang zu ermöglichen. Ziel dieser (*threshold insurance*) Strategie ist es, die Stimmen des gegnerischen Lagers im zweiten Wahlgang zu spalten, um so den Sieg des Kandidaten des eigenen Lagers zu unterstützen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Erwartungen innerhalb des eigenen Lagers ähnlich sind, wer denn dort der stärkste Kandidat sein wird. Zudem sollte die Stärkeverhältnisse im anderen Lager unklar sein oder der zweitstärkste Kandidaten des anderen Lagers knapp an den 12.5 % sein, die ihn für den zweiten Wahlgang qualifizieren würden. Eine ähnliche Spielart ist die *Moderationsstrategie* (strategic moderation, Alesina und Rosenthal 1995). Sind die Stärkeverhältnisse innerhalb des eigenen Lagers klar, dann würden Wähler gemäss dieser Strategie den am ehesten präferierten Kandidaten des anderen Lagers unterstützen. Insbesondere in der ersten Runde ist auch das strategische signalisieren von Protest oder einem speziellen Issue zu erwarten, wenn durch die Wahl eines bestimmten Kandidaten so etwas signalisiert werden kann (Piketty 2000). Voraussetzung dafür ist wiederum, dass die Machtverhältnisse im eigenen Lager eindeutig sind und Wähler die strategische Wahl desselben Kandidaten als Signal interpretieren.

In der ersten wie in der zweiten Runde gibt es insbesondere im Superwahljahr 2002 die Möglichkeit des *strategischen Balancierens*, falls die Kohabitation als vorteilhaft gesehen wird oder einer *Unified Government Strategy*, falls die Kohabitation als nachteilig gesehen wird. Eine Frage bezüglich der Kohabitation ist bereits im Fragebogenentwurf der französischen Kollegen enthalten. Des weiteren gibt es natürlich - wie in allen Mehrheitswahlsystemen - die *wasted vote Strategie*. Sie kann bereits im ersten Wahlgang verfolgt werden, falls Wähler bereits erwarten, dass ihr Kandidat keine Chancen hat in den zweiten Wahlgang zu kommen.

Diese knappe Diskussion möglicher Strategien zeigt, dass das romanische Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen entgegen der landläufigen Meinung viele Strategien induzieren kann, sofern Wähler verschiedenen Lager von Parteien identifizieren können. Ein hoher *Identifizierungsgrad* ist aber insbesondere bei französischen Parlamentswahlen der letzten Jahre gegeben. Daher sind Erwartungen der Wähler in diesem Wahlsystem wichtig, und Erwartungen welche Kandidaten in die zweite Runde einziehen von entscheidender Bedeutung für strategisches Wählen.

3. Politische Führer und demokratische Wahlen

3.1. Ziele der Frankreichstudie im Projekt „Politische Führer und demokratische Wahlen“

Wie stark ist der Einfluss politischer Führungspersonlichkeiten auf das Ergebnis von allgemeinen Wahlen? In diesem Bereich gibt es mehr Spekulationen als gesichertes Wissen. Zwar verfügen wir über eine Reihe von Länderstudien, eine umfassende vergleichende Analyse allerdings liegt bisher nicht vor. Das Projekt „Politische Führer und Demokratische Wahlen“ will diese Lücke mittels einer systematischen Sekundäranalyse der Datensätze von nationalen Wahlstudien sowie der CSES-Datensätze füllen. Neun Nationen werden einbezogen: Australien, Deutschland, England, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien, und die USA.

Bisher konnte Frankreich in dieser Studie nicht berücksichtigt werden, da die notwendige Datenbasis für die vergleichende Analyse nicht vorhanden ist. Dabei käme Frankreich in diesem Projekt eine besondere Bedeutung zu. Der Fall Frankreich stellt nämlich eine ganz besondere Kombination von politischen Strukturmerkmalen dar, von denen wir annehmen, dass sie den Einfluss von politischen Führungspersonlichkeiten auf die Wahlentscheidung moderierend mitbestimmen. Zu nennen sind hier insbesondere das (semi-) präsidentielle System, das Mehrheitswahlrecht, schwache Parteibindungen und ausgeprägte Televisionierung der Politikvermittlung. Auch die *cohabitation* – die französische Variante von *divided government* – gehört in diese Reihe.¹

Aber nicht nur die besondere Kombination von politischen Strukturmerkmalen macht die hier vorgeschlagene französische Fallstudie für das schon bisher international-vergleichend angelegte Projekt wertvoll. Hinzu kommt die französische Superwahl des Jahres 2002, in der zuerst in zwei Wahlgängen der nächste Präsident bestimmt wird und nur wenige Wochen darauf, in weiteren zwei Wahlgängen die Mitglieder der Nationalversammlung gewählt werden. Zwar hat schon Francois Mitterand nach seiner Wahl zum Präsidenten 1981 und 1988 jeweils die Auflösung und Neuwahl des Parlaments veranlasst, um eine konkordante Parlamentsmehrheit herbeizuführen. Diesmal steht die Aufeinanderfolge der beiden Wahlen jedoch von Anfang an fest. Dies ist natürlich, wie schon vorher diskutiert, für die Identifikation individueller Wahlstrategien eine besonders günstige Ausgangssituation. Diese

¹ Dies hat auch ein anonymer Reviewer unseres Book Proposals für Oxford University Press so gesehen. In einem umfangreichen und allgemein sehr positiven Gutachten steht dort zu lesen: „I agree with the importance of comparing Westminster systems, with normal PR parliamentary systems, with presidential systems. However, the big gap—and one that would add analytic power to the research—is France. Is it possible to bring in the mixed French system that would enrich this study.“

in kurzem Abstand aufeinanderfolgenden unterschiedlichen Wahlen bieten aber auch die einmalige Chance, die in Präsidentschafts- und Parlamentswahlen unterschiedlich stark erwarteten Effekte politischer Führungspersönlichkeiten auf die Wahlentscheidung unter Konstanzhaltung weiterer struktureller Kontextfaktoren empirisch zu bestimmen.²

3.2. Stand der Forschung

Das Ergebnis von allgemeinen Wahlen wird üblicherweise als Anteile der *Parteien* an den gültigen Stimmen bzw. an den Parlamentssitzen dargestellt. Tatsächlich aber treffen die Wähler zwei oder drei Wahlentscheidungen in einem Wahlakt. Zunächst geht es natürlich darum, welche Partei die Wähler präferieren. Aber indem diese sich für eine der konkurrierenden Parteien entscheiden, entscheiden sie sich auch für das Programm dieser Partei und für denjenigen oder diejenige,³ der dieses Programm im Falle des Wahlerfolgs implementieren soll. In parlamentarischen Systemen wird einer dieser Parteiführer Premierminister oder Kanzler, andere werden im Falle von Koalitionsregierungen Minister. In präsidentiellen Systemen entscheiden sich die Wähler noch viel expliziter zwischen politischen Führern – d.h. zwischen den Kandidaten für das Präsidentenamt. Aber auch Präsidentschaftskandidaten sind zumeist mit einer der politischen Parteien verbunden und auch sie stehen für ein bestimmtes politisches Programm, d.h. auch in diesem Falle sind die Wähler neben der Personalentscheidung mit einer Partei- und einer Programmentscheidung konfrontiert. Diese einfache Tatsache legt es nahe, nach dem relativen Gewicht dieser verschiedenen Dimensionen der Wahlentscheidung, insbesondere auch nach der relativen Wichtigkeit der personalen Führungsalternativen zu fragen. Man sollte erwarten, dass die umfassende Literatur zum Wahlverhalten diese grundlegende Frage aufgegriffen hat. Dies ist überraschenderweise nicht der Fall.

Schon die Pionierstudie der modernen Wahlverhaltensforschung, *The American Voter* (Campbell, Converse, Miller, und Stokes 1960), widmet dieser Frage nur geringen Raum. Zwar stellen die Autoren am Ende fest, dass „the popular appeal of Eisenhower was unquestionably of paramount importance“ (S. 527). Dennoch geben sie der Analyse des Einflusses von Kandidaten-Bewertungen auf die Wahlentscheidung nur geringen Raum. Gerade ein

² Auch wenn das in Frankreich praktizierte romanische Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen auch bei der Parlamentswahl einen Nachdruck auf die Kandidaten und nicht auf die Parteien legt, verstehen wir unter politischen Führungspersönlichkeiten die nationalen und nicht die lokalen Kandidaten.

³ Im folgenden wird „der Parteiführer“ oder der „politische Führer“ als geschlechtsneutrale Bezeichnung verwendet und bezeichnet immer die weibliche und die männliche Variante.

halbes Kapitel kümmert sich um diese Fragen, während zwei Kapitel der Parteiidentifikation gewidmet sind.

Eine andere klassische Studie, *Political Change in Britain* (Butler und Stokes 1969), stellt dem Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung immerhin ein ganzes Kapitel zur Verfügung. Butler und Stokes kommen zum Schluss, dass politische Führer zwar einen gewissen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Briten nehmen, dass sie aber nur ein Faktor unter vielen sind und insgesamt weniger wichtig als z.B. die Wirtschaft oder andere politische Streitfragen. In *Electoral Behaviour: A Comparative Handbook* (Rose 1974) kommen politische Führer gar nicht vor.

Inzwischen haben politische Führer etwas mehr Aufmerksamkeit gewonnen. Der Band *The New American Voter* (Miller und Shanks 1996) hat ein Kapitel über die persönlichen Eigenschaften der Kandidaten und ein weiteres über Kompetenz und Performanz von Parteien und Kandidaten. Schließlich betont das Kapitel von MacAllister in *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective* (LeDuc, Niemi und Norris 1996) die wachsende Bedeutung von politischen Führern für die Wahlentscheidung.

Diese wachsenden Aufmerksamkeit für die Bedeutung politischer Führer schlägt sich allerdings zumeist in Länderstudien nieder. Dies gilt für drei im vergangenen Jahrzehnt publizierte Monographien – Wattenberg (1991) analysiert die USA, Lass (1995) die Bundesrepublik und Mughan (2000) Großbritannien. Vergleichende Forschungsergebnisse sind nach wie vor dünn gesät – hier können allenfalls Bean und Mughan (1989) und neuerdings das Kapitel von Dalton, McAllister und Wattenberg (2000) ins Feld geführt werden.

Auch in der deutschen Wahlforschung zeichnet sich dieser Trend ab. Zwar gibt es schon in den 1970er Jahren vereinzelte Aufsätze zur Bedeutung der Kanzlerkandidaten (Norpoth 1977, Norpoth und Baker 1983), das Thema gewinnt jedoch erst in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung und hat sich seither in zahlreichen Arbeiten niedergeschlagen (Kaase 1994; Brettschneider 1998a, 1998b, 2000; Ohr 2000; Schmitt und Ohr 2000; Klein und Ohr 2001; Pappi und Shikano 2001).⁴

Hier setzt das international-vergleichende MZES-Projekt „Politische Führer und demokratische Wahlen“ an. Es verfolgt das Ziel, die Bedeutung politischer Führer für die Wahlentscheidung vergleichend zu analysieren. Vergleichend ist dabei umfassend gemeint: es wird

⁴ Es versteht sich dabei fast von selbst, dass die Sichtweisen der verschiedenen Beiträge nicht immer konvergieren. Ganz im Gegensatz zum deutschen Boom an Studien zur Bedeutung politischer Führer wird die Frage in der zeitgenössischen britischen Wahlforschung allerdings weiterhin ignoriert. Sowohl *Understanding Political Change* (Heath et al. 1991) als auch *Issues and Controversies in British Electoral Behaviour* (Denver und Hands 1992) gehen auf politische Führer gar nicht ein. Auch der unlängst veröffentlichte Band *The Rise of New Labour* (Heath, Jowell and Curtice 2001), der einen politischen Umschwung analysiert, der ohne die Persönlichkeit Tony Blair's kaum vorstellbar erscheint, geht nicht auf diesen Faktor ein.

angenommen, dass dieser Einfluss über die Zeit, zwischen unterschiedlichen politischen Systemen, zwischen unterschiedlichen Parteien, und nicht zuletzt auch zwischen unterschiedlichen Gruppen von Wählern variiert.

3.2.1. Warum politische Führer für das Wahlverhalten wichtig sind

Politische Führer sind eine wichtige Komponente in der Wahlentscheidungs-Matrix. Am Wahltag sind die Wähler aufgerufen, sich zugleich zwischen Parteien, Politiken, und Personen zu entscheiden.⁵ Dabei macht es manchmal einen Unterschied, wer eine Partei führt.

Diese banale Erkenntnis ist nicht weit verbreitet. In keiner der beiden großen Forschungstraditionen spielen politische Führer eine große Rolle. Die sozialpsychologischen Tradition, die durch die *Michigan School* begründet wurde, konzentriert sich auf Parteien und insbesondere auf die Identifikation der Wähler mit diesen Parteien. Parteiführer spielen zwar im analytischen Modell eine Rolle, aber nur eine kleine. Auch die ökonomische Tradition der Wahlforschung, begründet durch Downs (1957) *Economic Theory of Democracy*, konzentriert sich nicht auf politische Führer sondern auf Sachfragen (issues). Sie ist eng verknüpft mit dem räumlichen Modell des Wahlverhaltens und der Parteienkonkurrenz. Downs' sparsames Modell berücksichtigt drei Akteure: „political parties, individual citizens, and interest groups“ (S. 27). Nach diesem Modell ziehen die Wähler für ihre Wahlentscheidung außer den Positionen der Parteien in den zentralen politischen Streitfragen nichts heran (was, am Rande bemerkt, für viele Wähler schwer genug ist).

Es stellt sich die Frage, welche zusätzlichen Informationen über politische Führer die Entscheidung der Wähler beeinflussen könnten. Hier sind zwei Dimensionen zu berücksichtigen. Zunächst können die Issue-Orientierungen⁶ von Parteiführern von denen ihrer Partei differieren. Natürlich spielen politische Führer eine wichtige Rolle bei der Festlegung der inhaltlichen Aussagen der Parteien, und im allgemeinen sollte es nur geringe Abweichungen geben. Dennoch gibt es Ausnahmen, politische Probleme, in denen die Wähler den Führer einer Partei stärker engagiert wahrnehmen als die Partei selber, oder politische Positionen, bei denen der Führer moderater oder extremer als seine Partei erscheint. Wenn solche Unterschiede auftreten, sollten die Wähler sowohl die Issue-Orientierung der Partei als auch

⁵ In Wahlsystemen, die nicht rein proportional arbeiten, kommt noch der Wahlkreiskandidat als weitere Komponente der Wahlentscheidungs-Matrix hinzu.

⁶ Issue-Orientierungen umfassen sowohl die Position in politischen Streitfragen (sog. "position issues") als auch den relativen Nachdruck auf bestimmte politische Probleme (sog. "valence issues"). Stokes (1966) hat diesen wichtigen Unterschied zuerst deutlich gemacht.

die des Parteiführers in ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen.⁷ Wie oft es nennenswerte Unterschiede zwischen den Issue-Orientierungen einer Partei und ihres Führers gibt ist eine empirische Frage, zu der bisher wenig gesicherte Informationen vorliegen.

Die zweite Dimension betrifft persönliche Qualitäten der Parteiführer. Diese sind für die Wähler aus zwei Gründen wichtig. Einmal können diese persönlichen Merkmale wichtig werden, wenn die Issue-Orientierungen der Partei und/oder des Parteiführers unklar sind. In solchen Fällen können persönliche Merkmale Anhaltspunkte geben für die politischen Maßnahmen, die die Partei und/oder ihr Führer nach der Wahl womöglich ergreift. Wenn z.B. die Position einer Partei in der Abtreibungsfrage undeutlich bleibt, der Parteiführer aber ein gläubiger Katholik ist, dann mögen die Wähler daraus schließen, dass ihre Stimmangabe für diese Partei Abtreibungen zumindest nicht erleichtert. Der zweite Grund hier ist der, dass persönliche Merkmale politischer Führer die wichtigste Information bieten über ihr politisches Verhalten im Falle unvorhergesehener Entscheidungssituation, die nicht Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung zur Zeit der Wahlentscheidung sind. Page (1978: 232-3) hat diesen Punkt deutlich formuliert: „... it may be that, in an age of nuclear weapons, no aspect of electoral outcomes is more important than the personality of the president, which might well determine how the United States would react in an international confrontation.”

Wir unterscheiden drei Arten von persönlichen Merkmalen politischer Führer, die einen Einfluss auf das Wahlverhalten nehmen können. Da ist zunächst das sozio-demographische Profil der Kandidaten. Dass Kennedy katholisch war, hat ganz offensichtlich seine Wählerschaft mitbestimmt (Converse 1966). Der Einfluss des Geschlechtes der Kandidaten für zentrale politische Führungsämter auf das Wahlverhalten ist neuerdings Gegenstand einer wachsenden Literatur (Banducci und Karp 2000; Hayes und McAllister 1997; McDermott 1997). Hier wird zumeist der Hypothese nachgegangen, dass die Wähler diejenigen Kandidaten präferieren, die ihrem eigenen Profil am ehesten entsprechen.⁸

Während das soziodemographische Profil der politischen Führer sich noch auf „objektive“ Sachverhalte bezieht, geht es im folgenden um eher „subjektive“ Merkmale. Sie werden in der Fachliteratur „traits“ genannt. Kinder et al. (1983) haben argumentiert, dass die Wähler politische Führer anhand zweier zentraler Bewertungskriterien beurteilen: ihrer Kompetenz und ihrer Vertrauenswürdigkeit (letzteres wird gelegentlich auch als „Charakter“ bezeichnet). Kompetenz kann man unterscheiden in intellektuelle Kompetenz und Führungs-

⁷ Dabei sollte die abweichende Orientierung des Parteiführers umso wichtiger werden, desto wichtiger der persönliche Einfluss des Parteiführers im Kabinett oder im Parlament wahrgenommen wird.

⁸ Vgl. hierzu auch Cutler (2001).

kompetenz; Vertrauenswürdigkeit in Integrität und Empathie (Kinder 1986; Johnston et al. 1992).⁹

Wenn auch eher stiefmütterlich behandelt durch die beiden Hauptstränge der Wahlforschung: politische Führer sind sehr wahrscheinlich eine zentrale Determinanten der Wahlentscheidung. Wie wichtig sie sind, ist eine empirische Frage, die dieses Projekt in vergleichender Perspektive beantworten will. Es wird erwartet, dass dieses Gewicht je nach Kontext der Wahl und je nach Wählermerkmalen unterschiedlich ausfällt. Deshalb ist es ein zentrales Ziel des Projektes, die Kontexte zu spezifizieren, in denen politische Führer eine besonders wichtige oder unwichtige Rolle für die Erklärung der Wahlentscheidung spielen.

3.2.2. Warum der Einfluss politischer Führer auf das Wahlverhalten je nach Kontext variiert

Die wohl prominenteste Frage ist hier, ob der Einfluss politische Führer auf die Wahlentscheidung über die Zeit zunimmt.¹⁰ Trifft es zu, dass „... election outcomes are now, more than at any time in the past, determined by voters' assessments of party leaders“ (Hayes and McAllister 1997: 3)? Zwei Faktoren werden genannt, die das Wichtigerwerden von politischen Führern nahe legen: die Personalisierung der Politik und das Abschmelzen der Parteibindungen („dealignment“). Personalisierung ergibt sich aus der wachsenden Televisionierung der Politik. Televisionierung bezeichnet zwei Prozesse. Erstens: mehr und mehr Bürger beziehen ihre politischen Informationen aus dem Fernsehen. Zweitens: das Fernsehen konzentriert die Politikvermittlung (und damit die Aufmerksamkeit der Seher) mehr auf die politischen Führer und ihre persönlichen Merkmale als dies Radio und Zeitungen tun.

Der zweite Grund, warum viele davon ausgehen, dass politische Führer zunehmend wichtiger werden, ist ein konstatiertes Niedergang der Parteibindungen. Wattenberg (1994) hat diesen Trend für die Vereinigten Staaten dokumentiert (vgl. aber mit gegensätzlicher Auffassung Bartels 2000). Anderswo ist der Befund weniger einheitlich. Schmitt und Holmberg (1995) analysieren die für Westeuropa erhobenen Daten und finden keinen einheitlichen Trend. Allerdings räumen auch sie ein, dass ungeachtet beträchtlicher Variationen die vorhandenen Informationen „generally point to a decline in partisanship across Western Europe“ (S. 101). Jüngere Daten scheinen diesen Befund zu bekräftigen (Dalton 2000). Dies ist deshalb

⁹ Aus einem eher intuitiven Verständnis hatte Page (1978) vier Dimensionen vorgeschlagen: Kompetenz (darunter Wissen und Erfahrung), Wärme, Aktivität und Stärke. Aktivität und Stärke gehört wohl zur Führungskompetenz, während die Wärme der Empathie ähnelt. Page nannte zudem die Ehrlichkeit als eine von mehreren weiteren „traits“.

¹⁰ Wir konzentrieren uns in diesem Absatz auf säkulare Trends sowie auf Unterschiede zwischen politischen Systemen. Erwartete parteispezifische Unterschiede sowie solche zwischen unterschiedlichen Gruppen von Wählern werden nicht expliziert.

hier relevant, weil bei wachsenden Anteilen nicht parteigebundener Wähler angenommen werden kann, dass neben der Parteiloyalität andere Determinanten der Wahlentscheidung wichtiger werden, und darunter insbesondere die Bewertung der politischen Führer.

Unabhängig davon, ob es nun einen „säkularen“ Anstieg in der Bedeutung politischer Führer für die Wahlentscheidung gibt oder nicht, erwarten wir systematische Unterschiede zwischen den Ländern. In Übereinstimmung mit dem bisher Gesagten sollte dabei der Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung in den Ländern wichtiger sein, in denen das Fernsehen die Massenkommunikation besonders stark dominiert; und dort unwichtiger, wo auch andere Massenmedien, insbesondere die Tageszeitungen, im Vordergrund stehen. Ähnliches gilt für die Parteibindungen: das relative Gewicht der politischen Führungsalternativen für die Wahlentscheidung wird dort höher erwartet, wo Parteiloyalitäten besonders schwach ausgeprägt sind, und umgekehrt.

Darüber hinaus sollte die Bedeutung politischer Führer für die Wahlentscheidung auch mit dem persönlichen politischen Einfluss variieren, den diese ausüben können. Demnach erwarten wir politische Führer besonders wichtig für die Wahlentscheidung in den Ländern, in denen sie einen besonders starken und öffentlich sichtbaren Einfluss auf die Politik ausüben. Damit ist die Frage nach den institutionellen Rahmenbedingungen gestellt, die die „persönliche Machtfülle“ politischer Führer maximieren. Hier gibt es gute Argumente dafür, dass diese „persönliche Machtfülle“ politischer Führer in parlamentarischen Systemen mit Ein-Parteien-Regierungen am größten ist. In präsidentiellen Systemen teilen sich Präsident und Gesetzgeber in die Macht. In parlamentarischen Koalitionsregierungen (das gleiche gilt für Minderheitsregierungen) wird die „persönliche Machtfülle“ politischer Führer durch die gegenläufigen Interessen der Koalitionsparteien beschnitten. Die Premierminister der Westminster-Demokratien – Australien, Großbritannien und Kanada – wären demnach die politischen Führer mit der größten „persönlichen Machtfülle“.¹¹

So gesehen sollten politische Führer für die Wahlentscheidung in Westminster-Demokratien wichtiger sein als im präsidentiellen System der Vereinigten Staaten oder im semi-präsidentiellen System Frankreichs. Dagegen spricht allerdings das Wahlrecht. In präsidentiellen Systemen haben die Wähler zweimal die Wahl, einmal bei der Wahl des Präsidenten und einmal bei der des Parlamentes. Es wird dadurch möglich, in den verschie-

¹¹ Savoie (1999) gibt einen Überblick über die „persönliche Machtfülle“ des kanadischen Premiers. Hier soll natürlich nicht behauptet werden, dass die Premierminister Australiens, Großbritanniens oder Kanadas absolut „mächtiger“ sind als der Präsident der Vereinigten Staaten. Dies gilt wohl nur relativ – d.h. im Verhältnis zu anderen politischen Akteuren im System. Einschränkend muss zudem bedacht werden, dass ein Premierminister jederzeit über ein parlamentarisches Misstrauensvotum stürzen kann. Einen Präsidenten loszuwerden ist dagegen vergleichsweise schwierig.

denen Wahlgängen unterschiedliche Präferenzen zu äußern. Bei der Wahl der Parlamentsabgeordneten können die Wähler beispielsweise ihr Augenmerk auf Parteien richten, während sie sich bei der Wahl des Präsidenten auf die zur Auswahl stehenden Kandidaten für das Amt konzentrieren. Auf dem Stimmzettel jedenfalls werden sie explizit aufgefordert, sich zwischen den Kandidaten zu entscheiden. Auch wenn Präsidenten mit einer relativ geringeren „persönlichen Machtfülle“ ausgestattet sein mögen als Westminster-Premiers steht deshalb zu erwarten, dass die personalen Führungsalternativen in präsidentiellen Systemen für die Wahlentscheidung jedenfalls nicht unwichtiger sind als in Westminster-Demokratien. Die wirklich wichtigen Unterschiede sollten sich hier deshalb zwischen den kontinental-europäischen Systemen mit Koalitionsregierungen oder Minderheitsregierungen einerseits und den angelsächsischen Westminster-Systemen andererseits zeigen; dabei wird die Bedeutung politischer Führer für die Wahlentscheidung in der zweiten Gruppe größer erwartet.

Die Unterscheidung zwischen kontinental-europäischen Koalitions- und Minderheitsregierungen einerseits und den angelsächsischen Westminster-Systemen andererseits stimmt weitgehend mit der zwischen reinen Verhältniswahlssystemen und anderen überein, da das Verhältniswahlrecht kaum Ein-Parteien-Regierungen hervorbringt (z.B. Blais und Carty 1987). Wir gehen allerdings davon aus, dass hier das Regierungssystem und nicht das Wahlsystem die ausschlaggebende Rolle spielt.

3.3. Der Fall Frankreich im Projekt „Politische Führer“

Die skizzierten Forschungsfragen und Hypothesen zum relativen Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung werden gegenwärtig in einem Neun-Nationen-Projekt aufgegriffen und einer systematisch vergleichenden empirischen Analyse unterzogen. Datengrundlage des Projektes ist die Serie nationaler Wahlstudien in diesen Ländern sowie die CSES-Umfragen.¹² Dies hat auch das Ein- bzw. Ausschlusskriterium vorgegeben: es werden nur solche Länder in die Studie einbezogen, die über eine Reihe von in zentralen Indikatoren vergleichbaren nationalen Wahlstudien verfügen. Ziel der Studie ist es, die erste systematisch vergleichende empirische Analyse des Einflusses politischer Führer auf die Wahlentscheidung zu erarbeiten und die Befunde aus einer demokratietheoretischen Perspektive normativ zu bewerten.¹³

¹² Die CSES (= *Comparative Study of Electoral Systems*) hat im ersten Modul bisher mehr oder weniger strikt vergleichbare Nachwahlstudien in 31 Ländern Europas, Amerikas, Asiens und Ozeaniens erhoben. Teil des Frageprogramms des ersten Studienmoduls waren u.a. auch Sympathiefragen für alle relevanten Parteien und für deren Parteiführer. Umfassende Informationen zu diesem Projekt gibt es bei <http://www.umich.edu/~cses>.

¹³ Zu diesem Zweck wurde bisher in mehreren Projektkonferenzen die Struktur eines gemeinsam zu produzierenden Bandes definiert und die Autorenschaft für die einzelnen Kapitel vereinbart. Der Band wurde von OUP zur

Frankreich ist bisher nicht Bestandteil der Studie. Dabei ist der französische Fall für die vergleichende Forschung besonders wichtig. Die Kombination von semi-präsidentiellem Regierungssystem, Koalitionsregierungen und ausgeprägte Televsionierung (Cayrol 1997) bei nur schwach entwickelten Parteibindungen (Converse und Dupeux 1966a) lassen eine vergleichsweise starke Rolle politischer Führer vermuten. Dem steht die neuerdings vorherrschende *cohabitation* – die französische Version von *divided government*, in der Präsident und Premier unterschiedlichen politischen Lagern angehören – und die Tendenz zu Koalitionsregierungen entgegen.

Der französische Fall kann in der vergleichenden Analyse der Bedeutung politischer Führer für die Wahlentscheidung deshalb nicht berücksichtigt werden, weil in den nationalen Wahlstudien Frankreichs international-vergleichbare Indikatoren in der Vergangenheit nur vereinzelt aufgenommen sind. Die Kernvariablen, auf denen das Projekt „Politische Führer und demokratische Wahlen“ aufbaut,¹⁴ scheinen nur in der Converse-Pierce Studie von 1967 und in der Pierce-Studie von 1988 erhoben worden zu sein. Es ist allerdings noch zu klären, ob diese Daten einer Sekundäranalyse überhaupt zugänglich gemacht werden können.¹⁵ Auf der *homepage* der Französischen Nationalen Wahlstudie in Grenoble jedenfalls sind die Daten im Gegensatz zu denen von früheren und späteren Wahlstudien nicht verfügbar. Auch wurde das erste Modul der von Anfang an international-vergleichend angelegten *Comparative Study of Electoral Systems* in Frankreich nicht realisiert.

Der Stand der Forschung über politische Führer in Frankreich ist uneinheitlich. Einerseits gibt es eine überwältigende Fülle biographisch-zeitgeschichtlicher Literatur zu den herausragenden politischen Führungspersönlichkeiten – hier insbesondere zu Charles de Gaulles und Francois Mitterand (vgl. für viele Gallo 2000 [4 Bde.], Le Gall 1984, Legrand und

Veröffentlichung akzeptiert. Darüber hinaus wurde der zur Analyse benötigten Kerndatensatz definiert und arbeitsteilig realisiert. Nationale Teildatensätze wurden durch die Kollegen in den beteiligten Ländern vorbereitet. Diese wurden mit Unterstützung des MZES in Mannheim durch Tanja Binder auf Konsistenz überprüft und wo nötig korrigiert. Sie fügt dieser Tage auch einen „mega“-Datensatz zusammen, der auf der nächsten Projektkonferenz den Teilnehmern zur Analyse zur Verfügung gestellt werden soll.

¹⁴ Neben der Wahlentscheidung sind dies insbesondere Sympathieskalen für Parteien und Kandidaten; vgl. aber die vollständige Variablenliste im Anhang.

¹⁵ In der 1967er SOFRES-Studie, die eine der Grundlagen für die klassische Studie von Converse und Pierce *Political Representation in France* darstellt, gibt es eine gemischte Reihe von sozialen Gruppen, politischen Führern und politischen Parteien, für die Sympathiewerte auf einer Skala von 0 bis 100 erhoben wurden. In der 1978er SOFRES-Studie gibt es eine Präferenz-Rangordnung der Parteien und eine Bewertung der politischen Führer nach ihrer Vertrauenswürdigkeit. Für die 1988er Erhebung, auf der die Studie von Pierce (1995) beruht, wird im französischen Wahldatenarchiv weder der Fragebogen noch die Daten zur Verfügung gestellt; beides sollte aber über das ICPSR verfügbar sein. In der 1995er SOFRES-Studie schließlich werden erneut Kandidaten-Sympathien (aber keine Parteien-Sympathien) sowie die Links-Rechts-Wahrnehmungen der Parteien und Kandidaten erhoben. Am ehesten kann demnach die 1967er Studie, in der sowohl Parteien- als auch Kandidaten-Sympathien erhoben wurden, als Ankerpunkt für die hier vorgeschlagene Fallstudie dienen.

Legrand 1998, Pedley 1996, Pontaut 1996, Werth 1966). Andererseits werden politische Führer in der empirischen Wahlforschung weitgehend ignoriert.

Im aktuellen Standardwerk der empirischen Wahlforschung in Frankreich, dem von Boy und Mayer 1997 herausgegebenen Band *L'Électeur A Ses Raisons*, kommen politische Führer als Faktoren der Wahlentscheidung nicht vor. Auch der Band zur Präsidentschaftswahl 1995 (Perrineau und Ysmal 1995) geht zwar ausführlich auf die Kandidaten und ihren Wahlkampf ein, kommt aber in der empirischen Analyse der Wahlentscheidung über die Beschreibung der sozialen Komposition der Wählerschaft der Kandidaten nicht hinaus. In den beiden Bänden zu den Parlamentswahlen von 1997 (Perrineau und Ysmal 1998) und 1993 (Habert, Perrineau und Ysmal 1993) spielen politische Führer ebenfalls keine Rolle.

So kommt es, dass das wenige, was an empirischer Evidenz über den Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung der Franzosen vorliegt, von amerikanischen Kollegen (mit-) erarbeitet wurde. Hier ist insbesondere auf die Arbeiten von Converse (zusammen mit Dupeux (1966b) und Pierce (1986)) sowie auf die Monographie von Pierce (1995) zu verweisen. Insbesondere dieser letzte Band verdient Aufmerksamkeit, da er einen Vergleich der Rolle politischer Führer in den beiden präsidentiellen Demokratien Frankreich und USA vorlegt. Pierce (1995: 139) fasst die Ergebnisse seiner Individualdatenanalyse so zusammen: „Candidate evaluations emerge as the main factor in candidate choice in both countries, with party identifications ranking second in importance in the United States but third in France, following ideological outlooks as expressed in left-right self-positioning.“ Die Bewertung politischer Führer ist demnach ein zentraler Faktor in der Wahlentscheidung bei französischen Präsidentschaftswahlen. Dieser Faktor ist in Frankreich womöglich noch etwas prominenter als in den Vereinigten Staaten, obwohl man dies aber aus dem Pierce'schen Vergleich der 1984er (USA) und 1988er (Frankreich) Wahlen nicht zuverlässig ableiten kann.

Es scheint klar zu sein, dass politische Führer in Frankreich von außerordentlicher Bedeutung für die Wahlentscheidung sind und sehr zu Unrecht im analytischen Repertoire der französischen empirischen Wahlforschung kaum vorkommen. Die bisherige Beschäftigung kann allerdings nur erste Hinweise für eine umfassend angelegte vergleichende empirische Studie vermitteln. Das Ziel einer solchen vergleichenden Studie ist es dann nicht, den Einfluss politischer Führer auf die Wahlentscheidung der Franzosen zu bestimmen, sondern die Strukturmerkmale politischer Systeme zu bestimmen, die politische Führer zu besonders prominenten Determinanten der Wahlentscheidung machen.

Eine solche umfassende vergleichende Analyse soll im Projekt „Politische Führer und demokratische Wahlen“ geleistet werden. Bisher kann Frankreich in diesem Projekt aufgrund

der unzureichenden Datenbasis nicht berücksichtigt werden. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Studie auf den amerikanischen Fall als Referenzgröße angewiesen ist, wenn es um die Bestimmung des systematischen Unterschiedes zwischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für die Bedeutung politischer Führer in der Wahlentscheidung geht. Nur die zusätzliche Berücksichtigung des von den USA in charakteristischer Weise verschiedenen französischen Falles würde es erlauben, den moderierenden Einfluss des Regierungssystems zuverlässig zu erfassen.

Der besondere Wert des französischen Falles kann auch am Beispiel der Bedeutung der Parteibindungen für den Stellenwert der politischen Führungsalternativen in der Wahlentscheidung verdeutlicht werden. Frankreich und die Vereinigten Staaten wenden mit der Mehrheitswahl beide ein Wahlrecht an, welches den Kandidaten und nicht seine Partei in den Vordergrund stellt. In Frankreich und in den Vereinigten Staaten ist ein mächtiger Präsident Staatsoberhaupt (in den Vereinigten Staaten ist er zudem Regierungschef). In Frankreich und den Vereinigten Staaten ist die Televisionierung der Politikvermittlung besonders weit fortgeschritten. Beide Länder unterscheiden sich jedoch in der sozialen Verankerung des Parteiensystems: während Parteibindungen in Frankreich verhältnismäßig unterentwickelt sind, sind sie in den Vereinigten Staaten weit verbreitet. Der Vergleich dieser beiden Länder erlaubt es mithin, unter Konstanthaltung dreier relevanter Dimensionen den moderierenden Einfluss einer vierten für die Bedeutung politischer Führer in der Wahlentscheidung zu isolieren.

4. Mögliche Synergien

Die Kooperation der beiden MZES-Projekte „Strategisches Wählen“ und „Politische Führer“ in dieser Frankreich-Fallstudie kann zudem Synergien erzeugen, zu denen es ohne diese Fallstudie nicht kommen würde. Diese Synergieeffekte ergeben sich aus der einmaligen Gelegenheit, dass Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fast gleichzeitig abgehalten werden. Da die vorangegangene Präsidentschaftswahl einerseits stärkere Personalisierungstendenzen für die Parlamentswahl vermuten lässt und andererseits auf das Parteiensystem eine zentralisierende Kraft ausübt (Cox1997, insbesondere Kapitel 10), lassen sich Hypothesen über das Wählerverhalten generieren.

Ein Beispiel dafür ist die Berücksichtigung der Präsidentschaftskandidaten-Präferenz in der Modellierung der Parlamentswahlentscheidung. Man stelle sich einen UDF-Sympathisanten vor, der Chirac überhaupt nicht präferiert. Er mag ihn in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl aufgrund der Reduktion der Wahlalternativen mit zum Präsidenten

gewählt haben, ungültig gestimmt haben oder der Wahl fern geblieben sein. Nach der Präsidentschaftswahl – Chirac habe gewonnen – kann diese präsidentielle Kandidatenpräferenz den Ausschlag dafür geben, dass unser UDF-Sympathisant im zweiten Wahlgang der Parlamentswahl den Kandidaten der Linken unterstützt, um den wiedergewählten Präsidenten Chirac in die Kohabitation mit einem sozialistischen Premier zu zwingen. Allgemeiner formuliert schlagen wir vor, den Einfluss der Kandidatenpräferenz bei der Präsidentschaftswahl für die Modellierung der Wahlentscheidung bei der Parlamentswahl heranzuziehen in der Weise, dass eine schwache Präferenz für den Präsidentschaftskandidaten des eigenen Lagers bei der Parlamentswahl zur Stimmabgabe für einen Wahlkreiskandidaten des anderen Lagers führen kann. Die konkurrierende Hypothese wäre, dass Wähler sich bewusst für die Kohabitation entscheiden und versuchen sie durch eine strategische Wahl wahrscheinlicher zu machen, unabhängig von welchen Präsidenten sie bevorzugen.

Ein weiteres Beispiel mag man in der Modellierung des Effektes des Präsidentschaftswahl-Ergebnisses auf das Parlamentswahl-Verhalten der Franzosen im Wahlkreis erkennen. Der Wahlkampf für die Parlamentswahl ist aufgrund des romanischen Mehrheitswahlsystems stärker auf lokale Einflüsse konzentriert als der vorherige Präsidentschaftswahlkampf. Wenn man die Natur der Wahlkreise betrachtet, dann spielen für die Wahlentscheidung Amtsinhaber Effekte (*incumbency effects*) lokaler Kandidaten, neben den typischen Erklärungsfaktoren der Wahlentscheidung, eine herausragende Rolle. Zielen beide Effekte in die gleiche Richtung, dann ist zu erwarten, dass Amtsinhaber von der Partei des Präsidenten stärker profitieren als Amtsinhaber andere Parteien. Gibt es in Wahlkreisen keinen Amtsinhaber, dann erwarten wir, dass der Sog des Sieges in der Präsidentschaftswahl (*post-electoral euphoria*, cf. Reif 1984: 249) sich in solchen Wahlkreisen am stärksten niederschlägt und zwar zugunsten des lokalen Kandidaten der Partei des Präsidenten. Dies sollte zu beobachten sein, selbst wenn für weitere typische Erklärungsfaktoren der Wahlentscheidung kontrolliert wird. Ausgangsbasis für diese Fragestellung ist die analytische Unterscheidung von Wahlkreisen in Wahlkreisen ohne und mit Amtsinhaber. Dabei müssen Wahlkreise mit Amtsinhaber unter den lokalen Kandidaten unterschieden werden, ob sie der Partei des Präsidenten angehören oder nicht. Allgemeiner vermuten wir, dass die nationale Führer-Präferenz dann vermehrt auf die lokale Parteipräferenz durchschlägt, wenn dem keine oder nur schwache lokale Kandidateneffekte entgegenstehen. So lassen sich Amtsinhaber Einflüsse von Personalisierungstendenzen, die durch die Präsidentschaftswahl induziert wurden, analytisch unterscheiden.

5. Warum dieser gemeinsame Projektvorschlag wichtig ist

An dieser Stelle wollen wir nochmals zusammenfassen, warum der gemeinsame Projektantrag in der Vorphase des MZES-Projekts „Strategisches Wählen“ und in der Abschlussphase des MZES-Projekts „Politische Führer“ eine sinnvolle Ergänzung darstellt, die für den Erfolg beider Projekte eminent wichtig ist. Aus den folgenden vier Gründen erscheint es uns daher gerechtfertigt, dass die Beschaffung dieser Daten aus Mitteln des MZES teilfinanziert werden sollte.

Erstens könnten mit Daten der Frankreich-Studie in der Tat inhaltlich wichtige Lücken im Forschungsprogramm der beiden MZES-Projekte „Strategisches Wählen“ und „Politische Führer“ geschlossen werden. In den Kapiteln 2 und 3 wurden die Lücken in den jeweiligen Untersuchungsplänen ausgewiesen und zudem die theoretischen Möglichkeiten verdeutlicht, die beide MZES-Projekte mithilfe der zusätzlichen Datenerhebung wahrnehmen können.

Zweitens würde eine Finanzierung dieses Frageinstrumentes erhebliche Synergieeffekte zwischen beiden MZES-Projekten freisetzen. Insbesondere das vierte Kapitel zeigte klare Chancen auf, die sich aus Tests von verschiedenen Fragestellungen ergeben werden. Das gemeinsame Instrument zur Beteiligung an der Französischen Wahlstudie 2002 soll nach unserer Dafürhalten im Kern aus dem zweiten CSES-Modul bestehen.¹⁶ Damit können wir an den internationalen Standard hinsichtlich Instrumentierung und Frageformaten anschließen. Über diesen Kern hinaus sollen geeignete Instrumente aus unserem jeweiligen Forschungszusammenhang erhoben werden.¹⁷ Der Fragebogenentwurf ist dem Antrag beigelegt.

Drittens würde die Realisierung dieses Antrags zu einer Stärkung und Vernetzung der Frankreich Studien am MZES führen und zudem im Hause Synergieeffekte mit sich bringen. Bei den inhaltlichen Vorarbeiten der Frankreich-Komponente unserer MZES-Forschungsprojekte sowie den Vorbereitungen zu diesem gemeinsamen Antrag konnten wir auf vielfältige Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am MZES bauen. Aufgrund dieser Erfahrung, möchten wir im Erfolgsfalle ein unregelmäßiges „Frankreich Kolloquium“ am MZES organisieren. Dieses Kolloquium sollte arbeitskreisübergreifend

¹⁶ CSES = Comparative Study of Electoral Systems. Ziel dieser Studie ist es, ein identisches Fragebogen-Modul in möglichst viele nationale Wahlstudien in institutionell möglichst unterschiedlichen Systemen einzubinden, um den moderierenden Effekt politischer Institutionen auf Variablenbeziehungen auf der Mikro-Ebene zu entdecken. Hermann Schmitt war als Vertreter der Europawahlstudien beratend an der Fragebogenentwicklung beteiligt.

¹⁷ Ein in weiten Teilen identisches Instrument wird aller Voraussicht nach auch als telefonische Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 2002 zum Einsatz kommen. Die Studie soll von der Volkswagen-Stiftung oder von der Thyssen-Stiftung finanziert werden; Hauptantragsteller ist Bernhard Wessels.

angelegt sein und eine Plattform bieten, auf dem Doktoranden, und Projektmitarbeiter und -leiter von Zeit zu Zeit Forschungsergebnisse aus laufenden und Forschungspläne für kommende Projekte einem kundigen Fachpublikum vorstellen können. So lässt sich unser Einschätzung nach das Know-how der zahlreichen Frankreich-Spezialisten am besten bündeln. Dies könnte zudem zu einer besseren Vernetzung und Kommunikation innerhalb des MZES führen. Die Identifizierung von Interessensschnittmengen wird in einem solchen Kolloquium ebenfalls gefördert. So ist uns bekannt, dass sich am MZES gegenwärtig eine Dissertation über französische Parteien kurz vor ihrem Abschluss steht und eine weitere zur *cohabitation* in Arbeit ist. Natürlich sind wir bereit, die mit diesem Projektvorschlag zu generierenden Daten mit Kolleginnen und Kollegen am MZES zu teilen, sofern Interesse besteht.

Viertens kommt es bei einem *trade-off* von Einmaligkeit strategisch wichtiger Daten auf der einen Seite und deren kostengünstigen Beschaffung auf der anderen Seite zu einem effizienten Ausgleich beider Zielrichtungen. Das französische Superwahljahr erfüllt alle denkbare Kriterien, um mittels Umfrageergebnisse institutionelle Faktoren, Parteienwettbewerb und den Einfluss von politischen Führen auf das Wahlverhalten zu messen. Wie zweiten und dritten Kapitel geschildert, schließen diese Daten strategische Lücken im Untersuchungsplan der jeweiligen Forschungsprogramme beider MZES-Projekte. Das Projekt soll in enger Kooperation mit der französischen nationalen Wahlstudie 2002 durchgeführt werden¹⁸

Wir betreten mit unserem Vorschlag Neuland. Soweit wir die Geschichte des MZES übersehen, ist bisher noch nie ein projekt-übergreifender gemeinsamer Forschungsantrag gestellt worden. Neben der strategisch nachgebesserten Datenbasis für gleich mehrere MZES-Projekte bei gleichzeitigen kostengünstigen Datenerhebungsmöglichkeiten, dem Induzieren von Synergieeffekten zwischen beiden Projekten, sowie dem Signal nach Innen, dass Kooperation sich für alle Beteiligten lohnen kann, sind wir davon überzeugt, dass es auch im Interesse des MZES sein sollte, diesen Antrag zu unterstützen.

6. Datenerhebung und Kostenschätzung

Es wird hier vorgeschlagen, das zweite CSES-Modul um für die beiden antragstellenden Projekte zentrale Fragen zu ergänzen und über eine repräsentative Telefonumfrage nach der fran-

¹⁸ Die französischen Kollegen haben für Wahljahr 2002 mit André Blais (University of Montreal) einen weiteren externen Kooperationspartner eingeladen, der sich ebenfalls mit der Finanzierung einer Einschaltung an der französischen Wahlstudie 2002 beteiligen wird.

zösischen Präsidentschaftswahl im April 2002 und vor der französischen Parlamentswahl im Mai 2002 zu erheben. Nachdem zunächst daran gedacht war, unseren Fragebogen als drop-off zu der mittleren Welle der französischen Hauptstudie zu administrieren, hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass dies von der zeitlichen Abfolge der einzelnen Umfragewellen nicht realisierbar ist. Nur die erste der drei Wellen der französischen nationalen Wahlstudie ist eine *face-to-face* Befragung, die zweite zwischen der Präsidentschaftswahl und vor der Parlamentswahl – das ist die, die wir für unseren *drop-off* anpeilten – und die dritte Welle nach der Parlamentswahl werden über das Telefon administriert. Die Arbeitsgruppe, die die Französische Nationale Wahlstudie koordiniert, war mit dem drop-off einverstanden und steht nun auch unserem neuen Vorschlag positiv gegenüber.¹⁹

Die Kosten für eine 25-Minuten währende repräsentative Telefonbefragung von rd. 1000 französischen Wahlberechtigten zwischen den beiden Wahlen des Superwahljahres belaufen sich nach Auskunft von Roland Cayrol, CSA Paris, auf 70 bis 75 TDM. Dies berücksichtigt nicht die Kosten der Fragebogenübersetzung (soll im Rahmen des TMR Netzes „Politische Repräsentation in Europa“ ohne zusätzliche Kosten geleistet werden) und der Erhebung von Strukturmerkmalen der französischen Wahlkreise (hier sind zusätzlich etwa 150 Hilfskraftstunden oder 3 TDM zu veranschlagen).

Die Kosten dieser Operation sollen in einem Verbund getragen werden. Es wird beantragt, dass das MZES sich an den Kosten der Telefonumfrage mit Forschungsmitteln von 30 TDM beteiligt. Sollte die Finanzierung insgesamt nicht zustande kommen, hat das MZES nichts verloren. Sollte die Umfrage aber realisiert werden können, haben wir uns nach dem Dafürhalten der beiden Antragsteller eine wertvolle Ressource geschaffen, die unsere beiden Projekte an entscheidenden Stellen ergänzen und wertvoller machen wird. Wir beantragen deshalb, dass der Vorstand des MZES diesen Forschungsvorschlag unterstützen möge.

7. Literatur

- Alesina, Alberto, and Howard Rosenthal. 1995. *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Banducci, Susan A., and Jeffrey A. Karp. 2000. “Gender, Leadership and Choice in Multiparty Systems.” *Political Research Quarterly* 53 : 815-848.
- Bartels, Larry. 2000. “Partisanship and Voting Behavior, 1952-1996.” *American Journal of Political Science* 44 : 35-50.

¹⁹ Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u. a. Bruno Cautrès, Gérard Grunberg, Jérôme Jaffré, Nonna Mayer, Anne Muxel, Pascal Perrineau, und Étienne Schweißgut.

- Bean, Clive, and Anthony Mughan. 1989. "Leadership Effects in Parliamentary Elections in Australia and Britain." *American Political Science Review* 83 : 1165-1179.
- Blais, André, and Ken Carty. 1987. "The Impact of Electoral Formulae on the Creation of Majority Governments." *Electoral Studies* 5 : 209-218.
- Blais, André, Neil Nevitte, Elisabeth Gidengil and Richard Nadeau. 2000. "Do People Have Feelings towards Leaders about Whom They Say They Know Nothing?" *Public Opinion Quarterly* 64 : 452-463.
- Bloom, Howard S. and H. Douglas Price. 1975. "Voter Response to Short-Run Economic Conditions." *American Political Science Review* 69 : 1240-1254.
- Boy, Daniel, and Elisabeth Dupoirier. 1990. "L'électeur est-il stratège?" In: Daniel Boy and Nonna Mayer (eds.), *L'électeur Française en Questions*. Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.
- Boy, Daniel, and Nonna Mayer (eds.). 1997. *L'Électeur A Ses Raisons*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Boy, Daniel, and Nonna Mayer (eds.). 1990. *L'électeur Française en Questions*. Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.
- Brettschneider, Frank. 2000. "Kohl's Niederlage? Schröder's Sieg! Die Bedeutung der Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1998." In: Gert Pickel, Dieter Walz and Wolfram Brunner (eds.), *Deutschland nach den Wahlen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brettschneider, Frank. 1998a. "Kohl oder Schröder? Determinanten der Kanzlerpräferenz gleich Determinanten der Wahlentscheidung." *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29: 401-421.
- Brettschneider, Frank. 1998b. "Medien als Imagemacher? Bevölkerungsmeinung zu den beiden Spitzenkandidaten und der Einfluss der Massenmedien im Vorfeld der Bundestagswahl 1998." *MediaPerspektiven* 8/98: 392-401.
- Brisacier, Michel. 1998. *La foi du Général*. Montrouge: Nouvelle Cité.
- Brown, Steven D., Ronald D. Lambert, Barry J. Kay and James E. Curtis. 1988. "In the Eye of the Beholder: Leader Images in Canada." *Canadian Journal of Political Science* 21: 321-349.
- Butler, David E., and Donald E. Stokes. 1969. *Political Change in Britain*. New York: St. Martins.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, and Donald E. Stokes. 1980. *The American Voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Carmines, Edward G., and James A. Stimson. 1980. "The Two Faces of Issue Voting." *American Political Science Review* 74 : 78-91.
- Cayrol, Roland. 1997. *Médias et démocratie: la dérive*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Clarke, Harold, Jane Jenson, Lawrence LeDuc and Jon Pammett. 1996. *Absent Mandate: Canadian Electoral Politics in an Era of Restructuring*. Vancouver: Gage.
- Converse, Philip E. 1969. "Of Time and Partisan Stability." *Comparative Political Studies* 2: 139-171.

- Converse, Philip E. 1966. "Religion and Politics : The 1960 Election." In: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller and Donald E. Stokes (eds.), *Elections and the Political Order*. New York: Wiley.
- Converse, Philip E. and Roy Pierce. 1986. *Political Representation in France*. Cambridge: Harvard University Press.
- Converse, Philip E. and Georges Dupeux. 1966a. "Politicization of the Electorate in France and the United States." In: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller and Donald E. Stokes (eds.), *Elections and the Political Order*. New York : Wiley.
- Converse, Philip E. and Georges Dupeux. 1966b. "De Gaulle and Eisenhower. The Public Image of the Victorious General." In: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller and Donald E. Stokes (eds.), *Elections and the Political Order*. New York : Wiley.
- Cox, Gary W. 1997. *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cutler, Fred. n.d. "The Simplest Short-Cut of All : Voter-Candidate Socio-Demographic Similarity and Electoral Choice." *Journal of Politics*. Forthcoming.
- Dalton, Russell J. 2000. "The Decline of Party Identifications." In: Russell J. Dalton and Martin P. Wattenberg (eds.), *Parties without Partisans*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J., Ian McAllister and Martin P. Wattenberg. 2000. "The Consequences of Partisan Dealignment." In: Russell J. Dalton and Martin P. Wattenberg (eds.), *Parties without Partisans*. Oxford: Oxford University Press.
- Denver, David. 1989. *Elections and Voting Behaviour in Britain*. New York : Philip Allan.
- Denver, David, and Gordon Hands (eds.). 1992. *Issues and Controversies in British Electoral Behaviour*. New York : Harvester Wheatsheaf.
- Deutsch, Emeric, Denis Lindon and Pierre Weill. 1966. *Les Familles Politiques Aujourd'hui en France*. Paris: Minuit.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York : Harper and Row.
- Duverger, Maurice. 1954. *Political Parties*. New York: Wiley.
- Fisichella, Domenico. 1986. "The Double-Ballot System as a Weapon against Anti-System Parties." In: Arend Lijphart and Bernhard Grofman (eds.), *Choosing an Electoral System*, Westport, CT: Praeger Publishers, S. 181-9.
- Fleury, Christopher, and Michael S. Lewis-Beck. "Anchoring the French Voter: Ideology versus Party." *Journal of Politics* 55: 1100-09.
- Frears, John. 1991. *Parties and Voters in France*. New York: St. Martin's Press.
- Gallo, Max. 2000. *De Gaulle* [Four Volumes]. Paris: Laffont.
- Gidengil, Elisabeth, André Blais, Neil Nevitte, and Richard Nadeau. 2001. "Priming and Campaign Context : Evidence from Recent Canadian Elections." In: David Farrell and Rüdiger Schmitt-Beck (eds.), *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*. London: Routledge.
- Habert, Philippe, Pascal Perrineau and Colette Ysmal. 1993. *Le Vote Sanction. Les Élection Législatives des 21 et 28 Mars 1993*. Paris : Presses de Science Po.

- Hayes, Bernadette C. and Ian McAllister. 1997. "Gender, Party Leaders, and Election Outcomes in Australia, Britain, and the United States." *Comparative Political Studies* 30: 3-26.
- Heath, Anthony, Roger Jowell, and John Curtice. 2001. *The Rise of New Labour: Party Policies and Voter Choices*. Oxford : Oxford University Press.
- Heath, Anthony, Roger Jowell, John Curtice, Geoff Evans, Julia Field, and Sharon Witherspoon. 1991. *Understanding Political Change : The British Voter 1964-1987*. Oxford : Pergamon Press.
- Holbrook, Allyson L., Jon A. Krosnick, Penny S. Visser, Wendi L. Gardner, and John T. Cacioppo. 2001. "Attitudes Toward Presidential Candidates and Political Parties: Initial Optimism, Inertial First Impressions, and a Focus on Flaws." *American Journal of Political Science* 45: 930-950.
- Johnston, Richard. 1961. "The Problem of Change and Stability in Mass Elections : Dynamics of Preference Estimation and Political Evaluation." University of California, Berkeley, Survey Research Center Working Paper 56.
- Johnston, Richard, André Blais, Henry E. Brady and Jean Crête. 1992. *Letting the People Decide : Dynamics of a Canadian Election*. Montreal : McGill-Queen's University Press.
- Jordan, Nehemiah. 1965. "The Asymmetry of Liking and Disliking." *Public Opinion Quarterly* 29 : 315-322.
- Keeter, Scott. 1987. "The Illusion of Intimacy: Television and the Role of Candidate Personal Qualities in Voter Choice." *Public Opinion Quarterly* 51 : 344-358.
- Kernell, Samuel. 1977. "Presidential Popularity and Negative Voting: An Alternative Explanation of the Midterm Congressional Decline of the President's Party." *American Political Science Review* 71: 44-66.
- Kiewiet, D. Roderick. 1983. *Macroeconomics and Micropolitics : The Electoral Effects of Economic Issues*. Chicago : University of Chicago Press.
- Kinder, Donald R. 1986. "Presidential Character Revisited." In: Richard R. Lau and David O.Sears (eds.), *Political Cognition*. Hillsdale : Lawrence Erlbaum.
- Kinder, Donald R., Mark D. Peters, Robert P. Abelson, and Susan T. Fiske. 1980. "Presidential Prototypes." *Political Behavior* 2 : 315-337.
- Klein, Markus and Dieter Ohr. 2000. "Gerhart oder Helmut? Unpolitische Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998." *Politische Vierteljahresschrift* 41: 199-224.
- Lass, Jürgen. 1995. *Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Lau, Richard. 1982. "Negativity in Political Perception." *Political Behavior* 4: 353-377.
- Lau, Richard. 1985. "Two Explanations for Negativity Effects in Political Behavior." *American Journal of Political Science* 29 : 119-138.
- Le Gall, Jacques. 1984. *François Mitterand et la fonction présidentielle*. Paris: Université de droit, d'économie et de sciences sociales de Paris.
- Legrand, Catherine and Jacques Legrand (eds.). 1998. *Mitterand*. Bassillac: Editions Chronique.

- Lewis-Beck, Michael S. 1988. *Economics and Elections : The Major Western Democracies*. Ann Arbor : The University of Michigan Press.
- Lohmann, Susanne, David W. Brady and Douglas Rivers. 1997. "Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System: West Germany, 1961-1989." *Comparative Political Studies* 30: 420-449.
- Macdonald, Stuart E., George Rabinowitz, and Ole Listhaug. 1998. "On Attempting to Rehabilitate the Proximity Model : Sometimes the Patient Just Can't be Helped." *Journal of Politics* 9 : 653-690.
- Manin, Bernard. 1995. *Principes du gouvernement representatif*. Paris: Calmann-Levy.
- McAllister, Ian. 1996. "Leaders." In: Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi, and Pippa Norris (eds.), *Comparing Democracies : Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks : Sage.
- McDermott, Monika. 1997. "Voting Cues in Low-Information Elections : Candidate Gender as a Social Information Variable in Contemporary United States Elections." *American Journal of Political Science* 41 : 270-283.
- Mendelsohn, Matthew. 1996. "The Media and Interpersonal Communication." *Journal of Politics* 58 : 112-125.
- Merle, Pierre. 1990. "L'homo politicus est-il un homo oeconomicus?" *Revue Française de Science Politique* 40 : 64-80.
- Merrill, Samuel III, and Bernard Grofman. 1999. *A Unified Theory of Voting : Directional and Proximity Spatial Models*. New York : Cambridge University Press.
- Miller, Arthur H., Martin P. Wattenberg, and Oksana Malanchuk. 1986. "Schematic Assessment of Presidential Politics." *American Political Science Review* 80 : 521-540.
- Miller, Warren E., and J. Merrill Shanks. 1996. *The New American Voter*. Cambridge : Harvard University Press.
- Mueller, Dennis C. 1989. *Public Choice II*. New York: Cambridge University Press.
- Mughan, Anthony. 2000. *Media and the Presidentialization of Parliamentary Elections*. New York: Palgrave.
- Niou, Emerson M.S. 2001. "Strategic Voting under Plurality and Runoff Rules." *Journal of Theoretical Politics* 13: 209-27.
- Nohlen, Dieter. 2000. *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen: Leske + Budrich.
- Norpoth, Helmut. 1977. "Kanzlerkandidaten." *Politische Vierteljahresschrift* 18: 551-572.
- Norpoth, Helmut and Kendall Baker. 1983. "Politiker unter sich am Bildschirm. Die Konfrontation von Personen und Sachthemen in den Fernsehdiskussionen 1972-1980." In: Max Kaase and Hans-Dieter Klingemann (eds.), *Wahlen und Politisches System*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Page, Benjamin I. 1978. *Choices and Echoes in Presidential Elections : Rational Man and Electoral Democracy*. Chicago : University of Chicago Press.
- Pappi, Franz Urban, und Susumu Shikano. 2001. "Personalisierung der Politik im Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980." *Politische Vierteljahresschrift* 42: 355-397.
- Patterson, Thomas E. 1993. *Out of Order*. New York : Knopf.

- Pedley, Alan. 1996. *As mighty as the sword : a study of the writings of Charles de Gaulle*. Exeter: Elm Bank Publications.
- Perrineau, Pascal and Colette Ysmal (eds.). 1998. *Le Vote Surprise. Les Élections Législatives ds 25 Mai er 1^{er} Juin 1997*. Paris : Presses de Sciences Po.
- Perrineau, Pascal und Colette Ysmal (eds.). 1995. *Le Vote de Crise. L'Élection présidentielle de 1995*. Paris : Presses de Sciences Po.
- Pierce, Roy. 1995. *Choosing the Chief. Presidential Elections in France and the United States*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Piketty, Thomas. 2000. "Voting as Communicating." *Review of Economic Studies* 67: 169-91.
- Pontaut, Jean Marie and Jérôme Dupuis. 1996. *Les oreilles du président: suivi de la liste des 2000 personnes "écoutées" par François Mitterand*. Paris : Fayard.
- Reif, Karlheinz. 1984. "National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984." *Electoral Studies* 3: 244-255.
- Riker, William H. 1982. *Liberalism against Populism : A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice*. San Francisco : Freeman.
- Rose, Richard (ed.). 1974. *Electoral Behavior: A Comparative Handbook*. New York : The Free Press.
- Savoie, Donald J. 1999. *Governing from the Centre : The Concentration of Political Power in Canada*. Toronto : University of Toronto Press.
- Schlesinger, Joseph A., and Mildred Schlesinger. 1990. "The Reaffirmation of a Multiparty System in France." *American Political Science Review* 84: 1077-1101.
- Schmitt, Hermann, and Dieter Ohr. 2000. „Leader Effects on the Vote in Germany, 1961 – 1998.” Paper presented at the Annual Conference of the *American Political Science Association*, Washington D.C.
- Schmitt, Hermann, and Soren Holmberg. 1995. "Political Parties in Decline?" In: Hans-Dieter Klingemann and Dieter Fuchs (eds.) *Citizens and the State*. Oxford : Oxford University Press.
- Stokes, Donald E. 1966. "Spatial Models of Party Competition." In: Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller and Donald E. Stokes (eds.), *Elections and the Political Order*. New York: John Wiley.
- Tsebelis, George. 1990. *Nested Games. Rational Choice in Comparative Politics*. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Wattenberg, Martin P. 1991. *The Rise of Candidate-Centered Politics : Presidential Elections in the 1980s*. Cambridge : Harvard University Press.
- Wattenberg, Martin P. 1994. *The Decline of American Political Parties : 1952-1992*. Cambridge : Harvard University Press.
- Werth, Alexander. 1966. *De Gaulle. A political biography*. New York: Simon and Schuster.
- Westholm, Anthony. 1997. "Distance Versus Direction : The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice." *American Political Science Review* 91 : 865-884.
- Ysmal, Colette. 1990. *Le comportement électoral des Français*. Paris: Édition La Découverte.